

Information der Stadt Bochum

nach Artikel 13 und 14 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) bei Erhebung und Verarbeitung personenbezogener Daten

Verantwortlicher	Stadt Bochum Der Oberbürgermeister Jugendamt – Familienpädagogisches Zentrum Fachstelle Sorgerecht Telefon: 0234 / 910-9470 E-Mail: FachstelleSorgerecht@bochum.de
Datenschutzbeauftragte/r	Frau Grahner, Telefon 0234/910-2052, E-Mail datenschutz@bochum.de
Zweck/e der Datenverarbeitung	<p>Zwecke der Datenverarbeitung sind (je nach Auftrag/ Beratungsgegenstand):</p> <ul style="list-style-type: none"> - Unterstützung des Familiengerichts bei allen Maßnahmen, die die Sorge für die Person von Kindern und Jugendlichen betreffen, und der Mitwirkung in den dort genannten Verfahren nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) nach § 50 SGB VIII. - Beratung und Unterstützung bei der Ausübung des Umgangsrechts nach § 17 SGB VIII und § 18 Abs. 3 SGB VIII sowie Leistungsgewährung für Umgangsbeileitung <ul style="list-style-type: none"> - anonymisierte statistische Datenaufbereitung <p>Folgende werden Datenkategorien erhoben und verarbeitet:</p> <p><u>Stammdaten inkl. Kontaktdaten sowie Daten aus der Aufgabenerledigung im Sinne der gesetzlichen Vorschriften:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> - Daten der Hilfeempfängerin/des Hilfeempfängers (junger Mensch) wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum, -ort, Geschlecht/ Familienstand, Staatsangehörigkeit, ehelich, nichtehelich, Personensorgeberechtigte(r), Wohnort, Adresse, Schule/Klasse/Ausbildung. - Daten der Kindeseltern (bei Minderjährigen) wie z. B. Name, Vorname, Geburtsdatum, gesetzliche Betreuung, Staatsangehörigkeit, Familienstand, Beruf, Anschrift, Telefon-Nummer. - u.a. Gesundheitsdaten, Angaben zur Gesetzlichen Betreuung / Vormundschaft und Pflegschaft, Art und Bezug von Sozialleistungen, Angaben über familiäre Verhältnisse und weitere Umstände im Sinne des jeweiligen gesetzlichen Auftrages
Wesentliche Rechtsgrundlage/n (sowohl materiell-rechtlich wie auch verfahrens- und datenschutzrechtlich)	Die personenbezogenen Daten werden auf der Grundlage von Art. 6 lit. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 lit. b DSGVO i. v. m. §§ 17, 18, bzw. § 50 SGB VIII i. V. m. §§ 61 ff. SGB

	VIII, § 35 SGB I, §§ 67 bis 85a SGB X verarbeitet.
Empfänger und Kategorien von Empfängern der Daten	<p>Dem gesetzlichen Auftrag entsprechend werden pädagogische Stellungnahmen an Familienrichter*innen im Rahmen der Mitwirkung bei familiengerichtlichen Verfahren i. S. d. § 50 SGB VIII weitergeleitet.</p> <p>Ansonsten bedarf die Weitergabe personenbezogener Daten aus der Beratung einer Entbindung von der Schweigepflicht.</p> <p>Im Rahmen des Kinderschutzes sind Mitarbeiter*innen nach § 8a SGB VIII verpflichtet, ein bekannt gewordenes Gefährdungsrisiko in Zusammenarbeit mit mehreren Fachkräften einzuschätzen und ggf. nach in Kenntnis setzen der Personensorgeberechtigten dem Sozialen Dienst zu melden.</p> <p>Eine Übermittlung anonymisierter Daten erfolgt auf der Grundlage des § 98 ff. Achten Sozialgesetzbuches – Kinder- und Jugendhilfe (SGB VIII) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BstatG) an die statistikführenden Stellen.</p>
Dauer der Speicherung	<p>Die Aufbewahrungsfrist beginnt mit Ablauf des Jahres, in dem das letzte Schriftstück zur Akte geschrieben wurde:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Dokumentationen und Schriftstücke zur Mitwirkung in familiengerichtlichen Verfahren gem. § 50 SGB VIII, sowie zur Beratung und Unterstützung nach §§ 17 und 18 SGB VIII werden 10 Jahre aufbewahrt - Dokumentation in Fällen von Kindeswohlgefährdungsmeldungen wird 30 Jahre aufbewahrt. Diese darf nicht auf Ihren Wunsch hin vernichtet werden.
Rechte der betroffenen Person	<p>Betroffene Personen haben folgende Rechte, wenn die gesetzlichen und persönlichen Voraussetzungen erfüllt sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Recht auf Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten • Recht auf Akteneinsicht nach den verfahrensrechtlichen Bestimmungen • Recht auf Berichtigung unrichtiger Daten • Recht auf Löschung oder Einschränkung der Datenverarbeitung • Recht auf Widerspruch gegen die Datenverarbeitung wegen besonderer Umstände • Recht auf Beschwerde an die Aufsichtsbehörde bei Datenschutzverstößen
Zuständige Aufsichtsbehörde	<p>Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen Kavalleriestr. 2-4 40213 Düsseldorf Tel.: 0211 38424-0 Fax: 0211 38424-10 E-Mail: poststelle@ldi.nrw.de</p>



**STADT
BOCHUM**

Web: www.lidi.nrw.de

Stadt Bochum, 44777 Bochum
Telefonzentrale: 0234 / 910-0
Zentrales Telefaxgerät: 0234 / 910-36 43
Homepage www.bochum.de